



REPUBLIK ÖSTERREICH  
DER BUNDESMINISTER FÜR  
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR  
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

II-4075 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2  
Tel. (0222) 73 75 07  
Fernschreib-Nr. 111800  
DVR: 0090204

Zl. 5906/9-Info-88

1820 /AB  
1988 -05- 06  
zu 1797 /J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der  
Abg. Dkfm. Dr. Steidl und Genossen vom  
9. März 1988, Nr. 1797/J-NR-88, "Orts-  
tarif für Telefonseelsorge"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1, 2 und 4:

Im Zusammenhang mit Ihrer Frage wäre eingangs zu bemerken, daß mit der Ausdehnung des Ortstarifes auf Gespräche bis zu einer Entfernung von rd. 25 km auch die Telefonseelsorge für Teilnehmer aus einem relativ großen Einzugsbereich zu tarifmäßig günstigen Bedingungen erreichbar geworden ist. Weiters hat die Post bereits beträchtliche finanzielle Mittel eingesetzt, um die in den verschiedenen Landesteilen gelegenen Telefonseelsorgestellen aus ganz Österreich unter einer einheitlichen Rufnummer erreichbar zu machen.

Über diese, ohnehin bereits auf Kosten der Post gesetzten Maßnahmen hinaus, sind - abgesehen vom wirtschaftlichen Aspekt - weitere Begünstigungen in der von Ihnen vorgeschlagenen Richtung aufgrund der gegebenen Konzeption des Telefonnetzes bzw. dessen relevanter Einrichtung technisch nicht realisierbar.

- 2 -

Zu Frage 3:

Die Einstufung von Telefonverbindungen zwischen Teilnehmerstellen in eine der 3 bestehenden Gebührenzonen, ist gesetzlich festgelegt. Diese Zonenfestlegung sowie die jeder Zone zugeordnete Reichweite wird vor allem durch den für eine Telefonverbindung erforderlichen technischen und wirtschaftlichen Aufwand bestimmt.

Wien, am 5. Mai 1988

Der Bundesminister

